

Bundestagswahl 26.09.2021

Synopse

Wahlprogramme der Parteien –

Zentrale ver.di-Themen aus Arbeitnehmer*innensicht

Teil 5 von 5: Die Demokratie stärken und den Frieden bewahren

Verantwortlich

ver.di-Bundeverwaltung, Ressort Vorsitzender

Bearbeitung: Leiter Politisches Verbindungsbüro, Markus Fuß (markus.fuss@verdi.de)



Arbeit der Zukunft

Moderner Sozialstaat







Sozial-ökologischer Umbau

Staatsschulden und eine gerechte Steuerpolitik

Die Demokratie stärken und den Frieden bewahren

- Humanere Flüchtlingspolitik
- Antidemokratischen Tendenzen entgegenzutreten
- Friedenspolitik
- Medienpolitik



					
<p>Demokratie stärken Frieden bewahren</p> <p>Eine humanere Flüchtlingspolitik</p> <p>umfasst ein EUweites solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten, das menschenrechtliche Verpflichtungen umsetzt und gemeinschaftlich finanziert wird,</p> <p>die Schaffung einer rechtssicheren Aufenthaltserlaubnis für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Beschäftigte jenseits des Duldungssystems,</p> <p>eine menschenwürdige Unterbringung, keine Abschiebungen in Kriegsgebiete und die Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung.</p> <p>Um dem Rechtsextremismus und anderen antidemokratischen Tendenzen, Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten, sind Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung für alle Altersklassen durch ein Demokratiefördergesetz dauerhaft zu sichern,</p> <p>Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt umfassend und dauerhaft zu fördern</p>	<p>Demokratie stärken Frieden bewahren</p> <p>Integration</p> <p>Spracherwerb beschleunigen</p> <p>bessere Unterstützung beim Zugang in qualifizierte Beschäftigung und Integration der ganzen Familie</p> <p>Bundesprogramm Kommunale Integrationsfachkräfte fördern</p> <p>Gezielte Angebote für Frauen und Mütter für die Arbeitsmarktintegration, beim Spracherwerb und Beratungsangeboten</p> <p>Migrantinnen und Migranten</p> <p>Arbeitsmarktintegration verbessern, Anerkennung und Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen fördern, besonders auch bei Frauen</p> <p>mehr junge Menschen in den Öffentlichen Dienst</p> <p>Flucht und Migration</p> <p>gesteuerte und gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt: geordnet und mit klaren Regeln</p> <p>keine Zuwanderung in die</p>	<p>Demokratie stärken Frieden bewahren</p> <p>Integration:</p> <p>Zugang zu allen Maßnahmen ab Tag 1, unabhängig der Staatsangehörigkeit und des Aufenthaltsstatus</p> <p>Familiennachzug erleichtern, Arbeitsverbote abschaffen</p> <p>Öffentlicher Dienst als Vorbild bei Stellenbesetzungen</p> <p>Modernes Staatsangehörigkeitsrecht</p> <p>Demokratie erweitern</p> <p>humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU, Reform des Dublin-Systems hin zu einem solidarischen Verteilungsmechanismus, Verteidigung der Genfer Flüchtlingskonvention, keine völkerrechtsverletzenden „Pushbacks, Seenotrettung nicht kriminalisieren, legale Migrationswege schaffen, Flucht- und Vertreibungsursachen bekämpfen, Initiative „Sichere Häfen“ durch Bundeskontingente absichern, Impfkontingent für Geflüchtete</p> <p>Vervollständigung der Mitentscheidungsrechte des</p>	<p>Demokratie stärken Frieden bewahren</p> <p>Solidaritätsstreiks und politische Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung von Demokratie und Frieden ermöglichen.</p> <p>Solidarische Einwanderungsgesellschaft</p> <p>offene Grenzen für alle Menschen in Europa, sichere Fluchtwege</p> <p>Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber, keine Fachkräftewerbung im Ausland, bessere Qualifikationsanerkennung</p> <p>aktives und passives Wahlrecht für langfristig in Deutschland Lebende, Partizipationsrat</p> <p>Legalisierungen und Bleiberecht, keine Abschiebungen</p> <p>Bundesministerium für Migration und Partizipation</p> <p>Seenotrettungsprogramm und legale Einreise, Fluchtursachen bekämpfen, Recht auf Familiennachzug, Gewaltschutz von Frauen bei</p>	<p>Demokratie stärken Frieden bewahren</p> <p>Die sozialen Grundrechte in der Europäischen Grundrechtecharta als Grundrechte gegenüber den Mitgliedsstaaten vor dem EU-GH einklagbar machen</p> <p>Menschenrechtsorientierte Geflüchtetenpolitik in Europa, sichere und legale Fluchtwege, Aufnahmepartnerschaften, Landesprogramme und Patenschaftsprogramme, Außengrenzen rechtsstaatlich sichern, Fluchtursachen bekämpfen</p> <p>Vielfältige Einwanderungsgesellschaft</p> <p>Einbürgerung erleichtern, Mehrstaatigkeit anerkennen, Familiennachzug erleichtern</p> <p>Punktebasierte Talentkarte, Spurwechsel und Westalkanregelung</p> <p>Integration: Sprache, Zugang, Teilhabe von Anfang an</p> <p>Asylverfahren fair und transparent</p> <p>Sicheres Bleiberecht statt Duldungen</p>	<p>Demokratie stärken Frieden bewahren</p> <p>Flucht und Einwanderung</p> <p>„Blue Card“ als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot, die auch für nicht-akademische Fachkräfte geöffnet werden muss sowie Punktesystem für Einwanderung in den Arbeitsmarkt – kanadisches System.</p> <p>Verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, Sekundärmigration verhindern,</p> <p>Asylanträge in Botschaften von EU-Mitgliedsstaaten ermöglichen,</p> <p>Frontex und Seenotrettung ausbauen</p> <p>Klare Regeln für Einwanderung nach eigenen Interessen, gebündelt in einem Einwanderungsgesetzbuch</p> <p>Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge eigener Status – einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist</p>









					
<p>und für Betroffene von institutionellem Rassismus unabhängige öffentliche Beschwerde- und Ermittlungsstrukturen zu schaffen.</p> <p>Rechtes Gedankengut zeigt sich ebenso in der Haltung „der Rechten“ gegenüber Frauen. Antifeminismus, rechte Propaganda und rechte Gewalt sind Markenzeichen rechter Gruppierungen und ihrer Parteien und längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Deshalb müssen diese Entwicklungen ebenso bekämpft werden.</p> <p>Das demokratische Engagement der Zivilgesellschaft muss durch eine rechtssichere Gestaltung der Gemeinnützigkeit politischer Gemeinwohlziele gestärkt und durch stabile Förderprogramme unterstützt werden.</p> <p>Die politische Teilhabe und Integration von Zugewanderten sind durch ein aktives und passives Wahlrecht für ausländische Mitbürger*innen in Deutschland zu befördern.</p> <p>Eine zukunftsfähige und gerechte Weltwirtschafts-</p>	<p>Sozialsysteme weitere sichere Herkunftsländer festlegen und schnellere Rückführungen u.a. FRONTEX zu einer Grenzschutzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen ausbauen, personell aufstocken</p> <p>Ablehnung der Ausweitung des Familiennachzugs über die heute bestehenden Regelungen hinaus</p> <p>Bleiberecht für Ausreisepflichtige stärker einschränken, Gewahrsameinrichtungen an Verkehrsflughäfen schaffen</p> <p>EU: gemeinsam Fluchtursachen bekämpfen, Gemeinsames Europäisches Asylsystem grundlegend reformieren...</p> <p>Schutz vor Gewalt und Missbrauch, kein Raum für organisierte Kriminalität, Geldwäsche bekämpfen, Null Toleranz gegenüber kriminellen Clans, Schutz der Demokratie vor Extremisten und Terroristen, Hass und Hetze im Netz bekämpfen,</p> <p>Fairer Welthandel WTO reformieren, Abschluss</p>	<p>Europäischen Parlaments, inklusive eines echten Initiativrechts</p> <p>Sonderfonds, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft</p> <p>Rechtsstaatsdialog und Rechtsstaatlichkeitsmechanismus</p> <p>europäische Regelungen gegen Fake News, Hassreden und Bedrohungen und ein Frühwarnsystem EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention des Europarats gegen Gewalt an Frauen</p> <p>Gute Arbeit weltweit, Sorgfaltspflichten in den Lieferketten, Gesetz zur Rückverfolgung von auf dem Weltmarkt gehandelter Güter EU-weit verankern</p> <p>Arbeit darf weder arm noch krank machen, unterstützen der Gewerkschaften, dass Arbeits- und Gesundheitsschutz als Kernarbeitsnorm der ILO aufgewertet werden, das Zusatzprotokoll zum Sozial der UNO ratifizieren</p> <p>internationaler Gesundheitsschutz</p>	<p>der Migration stärken</p> <p>Sozialökologisch gerechte Weltwirtschaft Kooperations- statt Freihandelsabkommen</p> <p>Lieferkettengesetz reformieren: auch KMU einbeziehen, zivilrechtliche Haftung um Rechte von Betroffenen zu stärken</p> <p>Überarbeitung der Konflikt-mineralien-Verordnung</p> <p>Arbeitsrecht globalisieren: UN-Treaty unterstützen</p> <p>Einsatz für die Rechtsverbindlichkeit des internationalen ILO-Übereinkommens zum Schutz globaler Wanderarbeiter*innen</p> <p>TTIP endgültig aufgeben, Ablehnung von CETA und Mercosur; keine Sonderklagerechte</p> <p>Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag, Klimagerechtigkeit global, UN und internationale Zusammenarbeit stärken</p> <p>Menschenrechte durchsetzen, Pressefreiheit schützen, Medien- und Meinungsvielfalt sichern</p>	<p>Hass im Netz bekämpfen: Gesetzesrahmen schaffen, EU Digital Service Act zügig umsetzen, gut aufgestellte Strafverfolgungsbehörden, mehr Verantwortung von Plattformbetreibern, ggf. repräsentative und zivilgesellschaftliche Plattformbeiräte einsetzen, gemeinsame Medienaufsicht der Länder</p> <p>Rechtsextremismus bekämpfen,</p> <p>EU demokratisieren Europäisches Parlament stärken Mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden auflösen Europäisches Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht Grundrechte gegenüber Nationalstaaten einklagbar machen Öffentlich-rechtliche Medienplattform in Europa</p> <p>Der Kampf gegen Rassismus ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. staatlichen Gewährleistungsanspruch in der Verfassung verankern, ergänzend zur überfälligen Ersetzung des Begriffs „Rasse“</p>	<p>Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik, eine verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, notfalls Koalition der Willigen, den anderen werden Zuwendungen gekürzt.</p> <p>Integration fördern durch Angebote zum Erlernen der Sprache und unserer Gesellschaftsordnung, Integrationspaten nach kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, die sich gezielt an Frauen und Kinder richten.</p> <p>Für Verleihung der Staatsangehörigkeit müssen klare Kriterien erfüllt sein</p> <p>Internationale Zusammenarbeit Liberalen Demokratien gegen Desinformation und Einflussnahme schützen Internetfreiheit und digitale Menschenrechte zu neuen außenpolitischen Schwerpunkten machen Eigenverantwortung von Unternehmen und Konsumenten zum besseren</p>



					
<p>und Handelspolitik ist ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung menschenwürdiger Lebensbedingungen weltweit und damit auch zur Bekämpfung der Ursachen von Konflikten, Flucht und Vertreibung.</p> <p>Im Zentrum müssen die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, der Abbau sozialer Ungleichheit und die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten entlang internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten stehen.</p> <p>Eine aktive Friedenspolitik erfordert Abrüstung statt Aufrüstung.</p> <p>Deutschland muss atomwaffenfrei werden und dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten.</p> <p>Frieden muss durch Intensivierung von Dialog, Kooperation und der Bekämpfung struktureller Konfliktsachen gefördert werden. Die EU muss wieder als Projekt des sozialen Friedens gestärkt werden und die gemeinsamen demokratischen, rechtstaatlichen und huma-</p>	<p>von Freihandelsverträgen durch die EU vorantreiben, dabei hohe deutsche Standards beim Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz international zum Standard machen (Ächtung Kinderarbeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen), Sanktionsmechanismen etablieren</p> <p>CETA-Ratifizierung,</p> <p>Neustart und -verhandlung von TTIP</p> <p>Lieferkettengesetzgebung auf Mittelstand ausrichten</p> <p>EU-Regelung für Lieferketten: diese müssen die Standards des dt. Lieferkettensorgfaltsgesetzes im EU-Binnenmarkt europaweit durchsetzen, aber nicht verschärfen</p> <p>Europäische Demokratie: Initiativrecht für das Europäische Parlament, europäisches Wahlrecht und Sperrklausel für die Europawahl, Stärkung des Spitzenkandidatenprinzips für die Kommissionsspitze, europäische Koordinierung der Bundesregierung ausbauen</p>	<p>Zusammenleben</p> <p>diskriminierungsfreies Leben garantieren:</p> <p>Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz modernisieren und gleichzeitig nachdrücklich</p> <p>gegen Rassismus, Rechtsextrémismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Antifeminismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit vorgehen</p> <p>Schaffung einer Bund-Länder-Kommission</p> <p>Straftaten konsequenter erfassen und ahnden</p> <p>Beim Kampf gegen Rassismus in der deutschen Gesellschaft braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit</p> <p>Frieden sichern</p> <p>Agenda 2030 der UNO umsetzen: Verpflichtung der Völker der Welt zu einer gemeinsamen nachhaltigen Zukunft in Frieden, Freiheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt</p> <p>aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt einen Nachhaltigkeitspakt machen,</p>	<p>Für Frieden und Abrüstung</p> <p>Paradigmenwechsel in der Außenpolitik: gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze, Basis ist das Völkerrecht</p> <p>Bundeswehr:</p> <p>keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen eine Präsenz deutscher Soldaten im Ausland, keine Ausbildungsmissionen, Verbot von Söldnerfirmen</p> <p>Bundeswehr abrüsten, Verteidigungshaushalt deutlich reduzieren, keine Ausrichtung als Einsatzarmee, keine Werbung in Jobcentern, Schulen, auf Bildungs- und Ausbildungsmessen und in Hochschulen und in der Öffentlichkeit, kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren, den Katastrophenschutz besser ausstatten</p> <p>Waffen: keine Drohnen für den Krieg, für eine atomwaffenfreie Welt</p> <p>NATO: Auflösung der NATO, Schließung aller Militärbasen in Deutschland,</p>	<p>Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll zur obersten Bundesbehörde aufgewertet werden – mit mehr Personal, Budget und Kompetenzen</p> <p>Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus.</p> <p>Bundesantidiskriminierungsgesetz statt AGG mit Verbandsklagerecht einführen.</p> <p>Internationale Zusammenarbeit</p> <p>Partnerschaft für Demokratie gemeinsam mit Akteuren bilden, die gleiches Wertefundament haben und sich zu ambitionierten demokratischen Standards bekennen</p> <p>Globale Transformation: alle relevanten Gesetzesentwürfe auf Vereinbarkeit mit den UN-Nachhaltigkeits- und Klimazielen sowie Menschenrechtsabkommen ausrichten</p> <p>besondere Verantwortung gegenüber den Ländern des Südens, verbindliche internationale Transformationsquoten</p> <p>Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 0,7 Prozent des</p>	<p>Schutz der Menschenrechte; einheitliche europäische Regelung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette – Haftung Lieferkette nur auf den Bereich der direkten Kontrolle begrenzen</p> <p>Bekennung zu 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen</p> <p>Konsequent für die Stärkung von LSBTI-Rechten einsetzen</p> <p>Werteorientierte Entwicklungspolitik, die Chancen ermöglicht und Armut bekämpft. Qualität statt Quantität der eingesetzten Mittel, um so auch Demokratie, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Soziale Marktwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.</p> <p>Klares Bekenntnis zur NATO</p> <p>Modernisierung der Bundeswehr – bessere Ausrüstung</p> <p>Deutschland und Europa starke Impulsgeber, um die Instrumente von Abrüstung und Rüstungskontrolle für das 21. Jahrhundert zu er-</p>








					
<p>nitären Werte achten und schützen.</p> <p>Mehr als 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung Deutschlands von der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten durch die Alliierten sind Frieden und Demokratie kein starres Gut, sondern wollen aktiv gelebt werden.</p> <p>Als sichtbares Zeichen sollte der 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem bundesweiten gesetzlichen Feiertag erhoben werden.</p> <p>Medienpolitik Pressefreiheit und Meinungsvielfalt, eine unabhängige und ungehinderte Berichterstattung, ein duales Rundfunksystem mit einem starken öffentlichen-rechtlichen Rundfunk und einer vielfältigen Presselandschaft sind für die Meinungs- und Willensbildung in unserer Demokratie konstituierend und müssen geschützt und fortentwickelt werden.</p>	<p>Jugend in Europa: Austauschprogramme ausbauen, ErasmusPlus-Mittel verdoppeln, Rechtsform europäischen Verein einführen</p> <p>Neue Verantwortung für Deutschland in der Welt</p> <p>Ausdrückliche Bekenntnis zum 2%-Ziel der Nato. Nato als Wertegemeinschaft und Sicherheitsbündnis begreifen.</p> <p>Bundeswehr: Zahl der Soldaten auf 203.000 aufstocken.</p> <p>Bis 2030 soll Bundeswehr mind. 10% der militärischen Fähigkeiten des Bündnisses bereitstellen.</p> <p>Bewaffnung mit Drohnen und rechtliche Regelung zur militärischen Nutzung von KI, Cyber- und Weltraumfähigkeit.</p> <p>Leitbild der Entwicklungszusammenarbeit: Vereinte Nationen Agenda 2030, Pariser Klimaschutzabkommen und Menschenrechte.</p> <p>0,7% des BIP für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit verstetigen.</p> <p>Marshall-Plan für Afrika und</p>	<p>statt Kürzungspolitik europäische Investitionspolitik machen,</p> <p>Europa zu einer echten Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln</p> <p>Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention</p> <p>Diplomatie und Dialog</p> <p>Hunger und Armut in der Welt überwinden, globaler Fonds für soziale Basisschutzsysteme</p> <p>Klimawandel auf 1,5 Grad Celsius begrenzen</p> <p>0,7 Prozent des BIP für öffentliche Entwicklungszusammenarbeits-Ausgaben</p> <p>globales Register für mehr Steuer-Transparenz</p> <p>stabiles, faires und demokratisches Handelssystem (WTO-Regelwerk erweitern und UNO-Nachhaltigkeitsziele durchsetzen)</p> <p>Initiative für ein globales Staateninsolvenzverfahren</p> <p>VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ konsequent umsetzen und weiterentwickeln;</p>	<p>keine Militarisierung des Alls</p> <p>Demokratiefördergesetz</p> <p>mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratieverbände sowie Antifa-Initiativen</p> <p>Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzen</p> <p>Entwaffnung der extremen Rechten und Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror!</p> <p>Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt</p> <p>Demokratisierung der Sicherheitsbehörden!</p> <p>Medienpolitik</p> <p>ÖR: Beitragsbefreiungen mit öffentlichen Mitteln kompensieren,</p> <p>Rundfunkfreiheit und Programmautonomie bewahren,</p> <p>Rechte der Freien Journalist*innen stärken, Regionalität ausbauen</p> <p>Bei Dritten in Auftrag gegebene Produktionen sollen angemessen und fair vergü-</p>	<p>BIP bis 2025 und weitere 10 Milliarden Euro für die Klimafinanzierung</p> <p>Menschenrechte achten bei Erderwärmung</p> <p>Armut weltweit bekämpfen</p> <p>UN reformieren</p> <p>WHO stärken</p> <p>50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen</p> <p>Paradigmenwechsel in der europäischen Geflüchtetenpolitik</p> <p>USA und transatlantische Partnerschaft als Stützpfeiler der dt. Außenpolitik</p> <p>Mit China einen konstruktiven Dialog führen, ILO-Kernnormen müssen ratifiziert und jede Form von Zwangsarbeit beendet werden</p> <p>Menschenrechte</p> <p>u.a. Abschluss der ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker, das 12. Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention über Antidiskriminierung, das Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention</p>	<p>neuern</p> <p>Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss an die veränderte Staatenwelt des 21. Jahrhunderts angepasst werden</p> <p>Nationaler Aktionsplan „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und die entsprechende Resolution 1325 der Vereinten Nationen (VN) müssen umgesetzt werden</p> <p>Entwicklungszusammenarbeit stärker europäisch und international koordinieren</p> <p>Bekämpfung von Hunger, die Förderung von Bildung, der Einsatz für den internationalen Klima-, Arten- und Umweltschutz, die Gesundheitsversorgung sowie sexuelle und reproduktive Rechte können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnerinnen und Partnern erreichen</p> <p>Schaffung einer Europäischen Entwicklungsbank unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank (EIB), die Fokus auf Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit legt und die Mobilisierung von privatem</p>



	<p>Freihandelsabkommen (EU)</p> <p>Internationaler Klimaschutz zur Bewahrung der Schöpfung; Schlichtungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen stärken; globalen Emissionshandel etablieren; unterstützte Emissionsminderungen durch Klimaschutzprojekte in Schwellen- oder Entwicklungsländern auf nationale Klimaziele anteilig anrechnen.</p> <p>Medienpolitik</p> <p>Weiterentwicklung eines vielfältigen und anspruchsvollen Mediensystems</p> <p>Bekanntnis zu einem starken, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Reform des Auftrags für den technischen Fortschritt und dem Nutzungsverhalten, stärkere Kooperationen der Rundfunkanstalten</p> <p>Deutsche Welle zum stärksten Auslandssender Europas aufbauen</p> <p>Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter: Instrumente zur Förderung des Absatzes und Vertriebs entwickeln, sowie finanzielle Unterstützung und Erleichterungen für die Beschäftigung von</p>	<p>Bundeswehr: Soldat*innen verdienen höchsten Grad an Ausbildung und bestmögliche Ausrüstung, sowie soziale Absicherung</p> <p>Abrüstung (restriktive Rüstungsexportpolitik) und atomwaffenfreie Welt</p> <p>Reform der UNO vorantreiben mit ständigem europäischen Sitz und Repräsentanz des Globalen Südens im Sicherheitsrat</p> <p>Medienpolitik</p> <p>für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk</p> <p>Rahmenbedingungen privatwirtschaftlichen Medienschaffens stärken (besonders in Fragen des Wettbewerbs-, Urheber- oder Telekommunikationsrechts)</p> <p>Journalist*innen: Auskunfts- und Berichterstattrechte stärken, Journalismus im Gemeinnützigkeitsrecht verankern</p> <p>Internationale Initiativen für den Schutz der Pressefreiheit sowie der Arbeit von Journalist*innen und Medienunternehmen verstärken</p> <p>Medienkompetenz ist Demokratiekompetenz; mit</p>	<p>tet und die Vergabe von Aufträgen an externe Produktionsfirmen an die Einhaltung von sozialen Standards wie Tariflöhne, Mindestlohn und branchenspezifischen Mindesthonoraren gekoppelt werden.</p> <p>Pressefreiheit und journalistische Arbeit muss gewährleistet sein. Medienschaffende besser vor Übergriffen, Verfolgung und Gewalt schützen. Journalist*innen als Berufsheimnisträger*innen wie auch ihre Quellen müssen unter Schutz zu gestellt werden (Whistleblower-Schutzgesetz).</p> <p>Presseauskunftsrecht, das die verfassungsrechtlich zugesicherten Auskunftsansprüche der Medien gegenüber Bundesbehörden sicherstellt</p> <p>Kollektive Verhandlungen und Honorarvereinbarungen für Selbstständige müssen gesetzlich verankert werden, Urheber*innen müssen gesetzlich verankert werden und müssen möglich sein</p>	<p>der UN sowie die UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbäuer*innen abschließen und/oder ratifizieren</p> <p>Weltwirtschaftsordnung</p> <p>Globale Krisenprävention, Schuldenkrisen lösen, Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten</p> <p>WTO-Berufungsinanz zur Streitbeilegung wiederbeleben</p> <p>Europäische Handelsverträge müssen verbindliche und durchsetzbare Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards enthalten und Marktöffnungen im Dienstleistungsbereich grundsätzlich nur in Positivlisten regeln. Dazu zählt: Pariser Klimaschutzabkommen, ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklagbar zu machen.</p> <p>Handelspolitik muss kommunale Daseinsvorsorge und die Möglichkeit der Rekommunalisierung schützen. Handelsabkommen sollten auch Pflichten für Unternehmen regeln. Deshalb multilateraler Handelsgerichtshof bei den Vereinten Nationen Klageprivilegien oder eine</p>	<p>Kapital steigert</p> <p>Afrika: vollständiger Zugang zum EU-Binnenmarkt und Abbau protektionistischer Maßnahmen, wie bspw. EU-Agrarsubventionen</p> <p>Ständiger europäischer Sitz im EU-Sicherheitsrat</p> <p>Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in „Bundesministerium für Wirtschaft, Freihandel und Energie“ umbenennen.</p> <p>Freihandelsabkommen so gestalten, dass nur die Zustimmung des Europäischen Parlaments, nicht aber die von nationalen und regionalen Parlamenten benötigt wird.</p> <p>Das noch immer nicht ratifizierte EU-Kanada-Handelsabkommen CETA schnellstens verabschieden</p> <p>Gesellschaftlicher Konsens gegen jede Form von Extremismus</p> <p>Präventionsarbeit und funktionierende Aussteigerprogramme finanziell ausstatten. Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Null Toleranz gegenüber Antisemitismus. Für</p>



					
	<p>Zustellern</p> <p>Digitale Mediennutzung: Kompetenz der Bürger stärken, Schutz für Jugendliche anheben, ggf. Regulierung der Verantwortung der großen Digitalkonzerne</p> <p>Nachhaltige Refinanzierung der digitalen Angebote der Kunst- und Kreativwirtschaft</p>	<p>Bildungsangeboten verknüpfen</p>		<p>Sonderjustiz für ausländische Investor*innen werden abgelehnt</p> <p>Aus Energiecharta-Vertrag aussteigen</p> <p>keine Handelsabkommen, die Klima, Umwelt und Verbraucher*innen nicht ausreichend schützen.</p> <p>Das CETA-Abkommen nicht ratifizieren.</p> <p>Umsetzung der Agenda 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ innerhalb Deutschlands wie international</p> <p>Koloniales Unrecht aufarbeiten und internationale Beziehungen dekolonialisieren</p> <p>Europarat und OSZE stärken</p> <p>Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle</p> <p>Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen</p> <p>Autonome tödliche Waffensysteme international ächten</p> <p>Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell sicher und planbar ausstatten. Neuaufstellung der NATO und darauf aufbauend eine Debatte über</p>	<p>Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz</p> <p>Medienpolitik</p> <p>Schlankeren öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), der sich primär auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen konzentrieren soll. Damit Rundfunkbeitrag absenken. Zahl der Fernseh- und Hörfunkkanäle reduzieren.</p> <p>Im Internet ÖRR auf Bereiche begrenzen, die mit klassischem Rundfunk vergleichbar sind oder in direktem Zusammenhang mit ihm stehen.</p> <p>Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene und die Erfassung von Angriffen auf Medien in der polizeilichen Kriminalstatistik.</p> <p>Whistleblowerinnen und Whistleblower sollten nicht arbeits-, personal- oder strafrechtlich belangt werden, wenn sie Straftaten oder rechtswidriges Verhalten offenbaren. Whistleblower*innen sollen auch vor der Strafverfolgung durch ausländische Staaten geschützt werden. Die EU-</p>



					
				<p>eine faire Lastenverteilung, 2%-Ziel wird abgelehnt.</p> <p>Medienpolitik</p> <p>für einen pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk,</p> <p>für Rundfunkräte, die die Vielfalt der heutigen Gesellschaft abbilden; Reformbedarf – gesellschaftliche Debatte führen;</p> <p>auskömmliche Finanzierung, die der Programmanforderung folgt;</p> <p>mehr Digitalisierung notwendig</p> <p>Verbesserungen bei Quellenschutz und Auskunftsansprüchen</p> <p>Mediatheken sollen bei angemessener Vergütung der Urheber*innen dauerhaft zugänglich und europäisch verzahnt werden</p> <p>Hinweisgeberschutzgesetz EU-Whistleblower-Richtlinie in nationales Recht umsetzen</p> <p>Öffnung der Künstlersozialkassen für Journalist*innen</p> <p>Beitragspflicht für Medienplattformen</p>	<p>Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern soll umgehend in deutsches Recht umgesetzt werden.</p>



Liebe Kolleg*innen,

wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt. In dem Zusammenhang wurde auch beschlossen: ver.di stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit entgegen, und

- klärt über die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Ziele und Vorstellungen von Organisationen und Parteien wie der AfD auf;
- schließt eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen und Parteien aus;
- stellt rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen oder Parteien keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung;
- lädt keine Funktionär*innen, Mandatsträger*innen solcher Organisationen oder Parteien zu Veranstaltungen von ver.di ein;

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise aktuell unter dem Motto „ver.di wählt“ entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

**ver.di-Bundesvorstand
Berlin, im Juni 2021**



AfD

Demokratie stärken Frieden bewahren

„Die Regierungspolitiker in Bund und Ländern haben mit ihrer Flüchtlings-, Europa- und Corona-Politik die Prinzipien der deutschen Staatlichkeit, des Rechts und der Verfassung vielfach verletzt.“ Die AfD fordert **Volksentscheide** nach Schweizer Modell auch für Deutschland. „Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Auch die Parlamente sollen die Möglichkeit erhalten, eine Volksabstimmung zu initiieren.“ **Öffentliche Ämter** sind ausschließlich nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ zu vergeben (Art. 33 Abs. 2 GG). „Wir unterstützen den Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten, um die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten zu beenden.“ **Trennung von Amt und Mandat:** „Kanzler, Ministerpräsidenten und Minister dürfen nicht mehr zugleich Abgeordnete sein. Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist abzuschaffen. Dies gilt auch für das Institut der „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung - vom Ministerialdirektor bis zum Polizeipräsidenten.“ Die AfD will die gesamte staatliche **Parteienfinanzierung** neu regeln und deutlich begrenzen sowie die staatliche Finanzierung von Parteistiftungen ganz abschaffen. „Wir treten für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten. Wir streben an, den Bundestag um etwa die Hälfte zu verkleinern.“ Amtszeit des Bundeskanzlers auf 2 Perioden beschränken. (S. 13ff)

Migration, Asyl und Integration

Die AfD will ein Schutzsystem des 21. Jahrhunderts in Anlehnung an das japanische Modell: „Fokus auf humanitäre Hilfe in Krisenregionen selbst (intrakontinentale Fluchialternativen); Zurückweisung von Asylsuchenden bei Einreise an der Grenze gemäß Art. 16a Abs. 2 S. 1 GG; ausschließlich qualifizierte Einwanderung nach japanischem Vorbild; humanitäre Aufnahme nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen, für deren Auswahl ein mit der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbarer kultureller und religiöser Hintergrund ein wichtiges Kriterium ist. Eine existentielle Frage wie die Zuwanderung muss in demokratischer Selbstbestimmung auf nationaler Ebene entschieden werden. Die Hilfe für Menschen in Not muss von der Aufnahme in Deutschland entkoppelt und in den Krisenregionen selbst geleistet werden.“ „Solange ein dauerhafter und wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen fehlt und die untaugliche überstaatliche Rechtslage fortbesteht, muss Deutschland die Kontrolle der Grenzen und die Unterbindung illegaler Grenzüberschreitungen selbst in die Hand nehmen.“ „**Einreisen** darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist.“ „**Zurückweisungen** an der Grenze müssen wieder als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden. Die Grenzen müssen zur Abwehr unelauabter Zuwanderung und zur Kriminalitätsbekämpfung mit einer modernen und wirksamen Sicherung ausgestattet werden.

Maßnahmenkatalog: Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten, Ablehnung jeglichen Familiennachzuges für Flüchtlinge, keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“ (durch Seenotrettung), keine Arbeitserlaubnis mehr für Asylantragsteller... **Abschiebung und Rückkehr:** Abschiebeoffensive zum Abbau des Überhang an Ausreisepflichtigen; eine nationale und eine supranationale „Remigrationsagenda“ als Schutzgewährung in Herkunfts- und Transitregionen; Keine Duldungen mehr, sondern Bescheinigungen über die Ausreisepflicht...“ (S. 88ff)

Die AfD tritt für die Rückgabe der Hoheitsrechte zur Rechtssetzung von Asyl und Zuwanderung ein und schlägt dafür die folgenden Maßnahmen vor: „Die Vergemeinschaftung des Aufenthalts- und Asylrechts wird rückgängig gemacht; Deutschland kündigt unverzüglich den UN-Migrationspakt und den UN-Flüchtlingspakt“ **Integration:** „Qualifizierte Zuwanderer - der Fokus muss auf dem Spracherwerb liegen, den wir bis zum Niveau B2 unterstützen wollen. Die Bevorzugung von Migranten in Form einer Quotierung, unter Missachtung des Leistungsprinzips, muss ausgeschlossen werden.“ Die AfD verlangt, dass das **Kopftuch** als religiöspolitisches Zeichen im Öffentlichen Dienst generell nicht gestattet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen wird. „Das Geburtsortprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum **Abstammungsprinzip** zurückkehren.“ (S. 96ff)

Außen- und Verteidigungspolitik

Die „Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und den europäischen Auswärtigen Dienst“ lehnt die AfD ab. Eine stabile europäische Friedensordnung bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit sowohl mit den USA als auch mit Russland. „Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat sowie die Abschaffung der gegen Deutschland gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen an. Wir setzen uns nachdrücklich für die Stärkung und Erweiterung der Kontrollmechanismen in der nuklearen und konventionellen Rüstung ein sowie für die Neuverhandlung kürzlich ausgesetzter Verträge (INF, Open Skies). Die Mitgliedschaft in der **NATO** und eine aktive Rolle Deutschlands in der OSZE sind bis auf Weiteres zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.“ Die AfD tritt dafür ein, das Einsatzgebiet der NATO auf das Gebiet der Bündnisstaaten zu



begrenzen. „Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden. Die AfD tritt für die Aufhebung der EU-Sanktionen und den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu **Russland** ein. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gasleitung Nord Stream 2 halten wir für unverzichtbar.“ „Die chinesische Seidenstraßen-Strategie von Ost nach West sollte Deutschland durch eine Initiative von West nach Ost ergänzen. Das gilt insbesondere für überregionale Infrastrukturprojekte. Eine Kooperation mit **China** darf nur unter Bedingungen der Gleichberechtigung und Fairness erfolgen. Das setzt insbesondere eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen voraus. Ein weiterer Ausverkauf deutscher bzw. europäischer Technologie muss verhindert werden.“ (S. 60ff)

„Damit dem Hauptauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung wieder Rechnung getragen werden kann, muss unsere **Bundeswehr** nicht nur finanziell gut ausgestattet sein, ihr muss die Eigenständigkeit insbesondere bei Material und Personal zurückgegeben werden.“ Die AfD lehnt nukleare Erstschlagvorbehalte ab und setzt sich für die globale Abschaffung von ABC-Waffen ein. „Ziel muss der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, aber auch der auf Deutschland gerichteten atomaren Kurzstreckenwaffen sein.“ Die AfD fordert den Erhalt einer autonomen und leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Deutschland. Die AfD tritt für die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht ein. (S. 64f)

Die AfD fordert einen grundsätzlichen Strategiewechsel in der **Entwicklungspolitik**, welcher auch deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt. „Deutsche **Außenhandelspolitik** muss dabei einen diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unternehmen gewährleisten. Das schließt den Zugang zu Rohstoffen und die Freiheit der Handelswege mit ein. Ihre Kernaufgabe ist es daher, verlässliche Handelsregeln zu erhalten und gemäß den Interessen unseres Landes weiterzuentwickeln.“ „Ideologisch motivierte Alleingänge, wie das **Lieferkettengesetz**, lehnen wir ab.“ „Entscheidungen ausländischer nationaler **Gerichte** mit extraterritorialer Wirkung betrachten wir als nichtig, einseitig verhängte Sanktionen gegen Wirtschaftsprojekte unseres Landes als völkerrechtswidrig.“ (S. 66f)

Medienpolitik/Pressefreiheit

„Das **öffentlich-rechtliche Rundfunksystem** ist überholt. Die Rundfunkstaatsverträge sind in jedem Bundesland zu kündigen, um eine grundlegende Reform zu ermöglichen. Am Ende soll ein stark reduzierter Anbieter stehen, der ca. ein Zehntel des bisherigen Umfangs haben soll.“ „Dieser „Grundfunk“ hat nur die Aufgabe, die Bürger flächendeckend mit neutralen Inhalten aus den Sparten Information, Kultur und Bildung zu versorgen.“ „**Zwangsbeiträge und Werbung entfallen**. Die Finanzierung erfolgt durch eine Abgabe, die insbesondere Technologiekonzerne, die audiovisuelle Inhalte verbreiten, sowie Video-Streaming-Dienste zu leisten haben.“ (S. 162)

„Als Quasi-Oligopol wollen wir die **Anbieter großer sozialer Medien** wie Facebook, Twitter oder Instagram dazu verpflichten, die Meinungsfreiheit ihrer Nutzer zu respektieren.“ „Faktenprüfer und Meinungswächter dürfen keine staatliche Finanzierung erhalten.“ (S. 162f)

„Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische Werbefinanzierung beeinflusst die Regierung auch die privaten Medien. Diese parteipolitische **Medienbeeinflussung** lehnen wir ab. Beteiligungen von Parteien an Medienunternehmen wollen wir verbieten.“ „Diffuse Vorstellungen von „politischer Korrektheit“ ersticken die öffentliche Diskussion durch Sprach- und Denkverbote. Das Zusammenrücken der Altparteien zu einem politischen Meinungskartell hat die linke Dominanz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in privaten Mainstream-Medien verfestigt.“ (S. 163)